

Berlin, den 31.08.2016

## **Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016**

Auswertung der Wahlprüfsteine des Digitale Gesellschaft e.V.

Aus den Antworten der SPD lässt sich eine eher überwachungsfreundliche Haltung ableiten. Unklar bleibt die Positionierung zum „Gemeinsamen Kompetenz und Dienstleistungszentrum“: Die SPD gibt an, keine abgestimmte Position zum Thema zu haben und verweist auf die Zuständigkeit des Senats in dieser Frage. Anhand der Aussagen der CDU lässt sich eine sehr überwachungsfreundliche Haltung ableiten. Kritische Fragen, etwa nach der Verhältnismäßigkeit von Überwachungsmaßnahmen, werden nicht aufgeworfen. Linke, Grüne als auch die Piraten haben eine sehr überwachungskritische Position und lehnen ausufernde Massenüberwachung ab.

Zu den einzelnen Antworten der Parteien:

**SPD:**

Die SPD steht der Funkzellenabfrage, unter Verweis auf eine Gesetzesänderung von 2013 zur restriktiveren Anwendung und Ausweitung der Transparenz, positiv gegenüber. Überrascht hat die Antwort nach der geplanten Beteiligung am Gemeinsamen Kompetenz und Dienstleistungszentrum: Die Berliner SPD hat keine abgestimmte Position und verweist auf die Zuständigkeit des Senats.

**CDU:**

Die CDU verweist auf die Ermittlungserfolge, die durch die Funkzellenabfrage erzielt werden konnten und hält sie für ein „unverzichtbares Ermittlungselement“. Darüber hinaus verweist die CDU auf die Bedrohungen durch Terrorismus und Organisierte Kriminalität und fordert mehr Möglichkeiten für die Polizei – etwa präventive als auch repressive Online-Durchsuchungen. Eine kritische Betrachtung von Überwachungsmaßnahme oder ein Verweis auf die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen oder die Einhaltung von Grundrechten findet nicht statt.

**Bankverbindung:**

Digitale Gesellschaft e. V.  
IBAN: DE88 4306 0967 1125 0128 00  
BIC: GENODEM1GLS

## DIE LINKE:

DIE LINKE steht Überwachungsmaßnahmen äußerst kritisch und ablehnend gegenüber. Sie setzt sich für die Streichung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage ein. Durch die Verknüpfung der Daten mit anderen Erkenntnissen droht eine Rasterfahndung, zudem gibt es keinen Nachweis über die Effektivität der Maßnahme, so die Kritik. Das Gemeinsame Kompetenz und Dienstleistungszentrum wird kritisch betrachtet, da es intransparent und unkontrolliert arbeiten soll und zudem datenschutzrechtliche Probleme existieren. Auch an der Sinnhaftigkeit des Vorhabens wird gezweifelt.

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der Funkzellenabfrage kritisch gegenüber. Vor allem die als „Beifang“ gesammelten Daten völlig unverdächtig und unbescholtener Menschen wird kritisiert. Nur wenn die bürgerrechtlichen Mindeststandards erfüllt sind, spricht sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Funkzellenabfrage aus. Die Einführung des Gemeinsamen Kompetenz und Dienstleistungszentrum lehnen die Grünen ab. Vor allem die mangelhafte parlamentarische Kontrolle als auch die Ungewissheit über die entstehenden Kosten werden kritisch hervorgehoben.

## Piratenpartei:

Die PIRATEN stehen Überwachungsmaßnahmen äußerst kritisch und ablehnend gegenüber. Sie setzen sich für die Streichung der nicht-individualisierten Funkzellenabfrage ein. Zudem wird mehr Transparenz bei der Funkzellenabfrage gefordert, etwa die Information von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern per SMS. Das Gemeinsame Kompetenz und Dienstleistungszentrum wird kritisch betrachtet, da bereits die Planung intransparent verlief und bisher noch kein öffentliches Gutachten der Datenschutzbeauftragten vorliegt.

Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://fsfe.org/campaigns/askyourcandidates/201608-germany-berlin.de.html>